

Hamburger Utsichten

Info der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg



Heraus zum 1. Mai: Trotz Corona: Wir sind sichtbar!

Solidarisch ist man nicht alleine!“ – Dieses Motto des DGB zum diesjährigen 1. Mai teilen wir uneingeschränkt.

Es galt aber auch schon vor Corona und es wird erst recht nach Corona gelten.

Wir teilen jedoch nicht die Herangehensweise, alle öffentlichen Veranstaltungen abzusagen und den 1. Mai nur virtuell stattfinden zu lassen.

Wir rufen dazu auf, auch an diesem 1. Mai die vielfältigen Interessen und Forderungen der Arbeiterklasse auf die Straße zu tragen – aber unter Corona-Bedingungen mit Abstand von mindestens 1,5 Metern. Wir rufen, auch als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, dazu auf,



- wenn möglich angemeldete öffentliche Kundgebungen an den traditionellen Orten des 1. Mai durchzuführen,
- öffentlich sichtbar unsere Fahnen und Transparente an Fenstern und Häusern zu befestigen,
- zusammen mit der Familie oder mit einer Kollegin oder einem Kollegen - im

Rahmen des Infektionsschutzes – mit unseren Fahnen oder Transparenten auf die Straße zu gehen

- an den Mai-Aktionen des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften teilzunehmen, auch virtuell.

Wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen, die bundesweit zu Aktionen am 1. Mai aufrufen:

heraus-zum-ersten-mai-2020.de

Unsere Forderungen sind:

Die Bundesregierung hält auch in der „Corona-Krise“ daran fest, die Rüstungsausgaben bis 2024 nach den Vorgaben der NATO auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das bedeutet eine Verdopplung.

Weiter Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser!

In der aktuellen Situation der Coronaviruspandemie stehen für uns natürlich die dringlichen Tagesfragen im Vordergrund:

- Wie setzen wir durch, dass alle an Covid-19 Erkrankten bestmöglich versorgt werden?
- Wie können wir erreichen, dass die Überlastung des medizinischen Personals nicht noch weiter zunimmt?
- Wie können wir durchsetzen, dass alle Lohnabhängigen, auch die prekär Beschäftigten und Arbeitslosen, finanziell abgesichert sind?
- Wie verhindern wir, dass die hohen Kosten der Krise auf die Beschäftigten abgewälzt werden?
- Wie verhindern wir, dass die Krise zum dauerhaften Abbau demokratischer Rechte missbraucht wird?

Aber nach dem Ende der gegenwärtigen Krise stellen sich sehr grundsätzliche Fragen:

- Warum waren unsere Krankenhäuser nicht ausreichend auf eine Epidemie vorbereitet?

Die Antwort ist einfach. Ein privater Krankenhausbetreiber, der Profit machen will, wird weder Betten, die leer stehen, noch zusätzliches Personal vorhalten.

- Warum wurden keine Reserven an Schutzkleidung, Masken und Beatmungsgeräten angelegt?

Auch hier ist die Antwort einfach.

Die Hersteller solcher Dinge und auch der Maschinen, die dazu gebraucht werden, stellen sie nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung her, sondern um damit Profit zu machen. Wenn ihnen im Ausland mehr dafür geboten wird, dann exportieren sie eben ihre Waren.

In der aktuellen Krise zeigt sich beispielhaft am Gesundheitswesen, dass das profitgetriebene kapitalistische System nicht in der Lage ist, die Bevölkerung umfassend und dauerhaft zu versorgen und zu schützen.

Das lässt sich auch an anderen Krisen zeigen wie etwa beim Umwelt- und Klimaschutz, der Bereitstellung von Arbeit für

alle, der Versorgung mit Wohnungen, dem Verrotten von Schulen und Schwimmbädern, usw. usf... Deshalb sagen wir:

Der Kapitalismus produziert nicht nur Krisen.

Er ist die Krise unserer Zeit.

Der Kapitalismus, das ist die Katastrophe.

Wir brauchen ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Wir brauchen den Sozialismus.



Michael Götz,
Vorsitzender der
DKP Hamburg

Heraus zum 1. Mai

**Wir sagen:
Abrüsten statt aufrüsten.
Wir brauchen das Geld
für Soziales, Bildung und Kultur!**

Es werden Hunderte Milliarden Euro zur Sicherung der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Davon profitieren im Wesentlichen die Banken und Konzerne.

Die Zeche sollen Arbeiter, Angestellte und Kleingewerbetreibende zahlen. Zu befürchten ist, dass die Arbeiterklasse auch nach Corona die Lasten tragen muss, während die Konzerne Dividenden an die Aktionäre zahlen.

**Wir sagen:
Sicherung der Arbeitsplätze,
Sonderabgabe auf hohe Einkommen
und Vermögen, Gewinnabschöpfung
bis hin zur Vergesellschaftung
der großen Konzerne!**

Grundrechte wie die Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht werden faktisch außer Kraft gesetzt. Der Schutz der Wohnung wird aufgehoben.

Umfassende Handy-Überwachung und der Einsatz der Bundeswehr für hoheitliche Aufgaben des Staates sollen durchgesetzt werden. Parlamentarische Kontrolle wird teilweise beseitigt. Was im Rahmen der Notstandsgesetze bisher nur für den Kriegsfall galt, soll in Friedenszeiten erprobt und möglich gemacht werden.

**Wir sagen: Hände weg von unseren
demokratischen Rechten, Hände weg
vom Grundgesetz!**

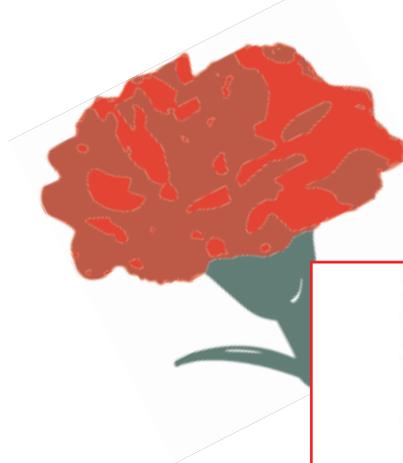
Das Gesundheitswesen wurde in den letzten Jahrzehnten gezielt der kapitalistischen Verwertung unterworfen. Die Gesundheit ist zu einer Ware geworden, mit der private Betreiber Profite und Dividenden erwirtschaften. Schon vor Corona war die Situation in den Krankenhäusern katastrophal, Corona hat sie verschärft. Zu befürchten ist, dass nach Corona weitergemacht wird, als wäre nichts geschehen.

**Wir sagen: Überführung des Gesundheitsbereiches in
öffentliches Eigentum unter
demokratischer Kontrolle!**

Corona ist eine weltweite Pandemie. Betroffen sind alle Länder dieser Welt. Dennoch halten die imperialistischen Staaten an den Sanktionen gegen Iran, Syrien, Russland, Kuba, Venezuela und weitere Staaten fest. Sie sind direkt für die Toten in diesen Ländern verantwortlich.

Die Bundesregierung verweigert darüber hinaus die enge Zusammenarbeit mit China und schlägt Hilfsangebote aus und diffamiert kubanische, chinesische und russische Ärztebrigaden.

**Wir sagen:
Weg mit den Sanktionen
und Hoch die
internationale Solidarität**



Eine Welt ohne Kapitalismus, das ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der die Macht der Konzerne und Banken ersetzt wird durch die politische Macht der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, von Grund und Boden herbeiführen wird. Erst dadurch wird die Möglichkeit geschaffen werden, der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu entgehen.

**Wir sagen:
Wer von der Krise spricht,
darf vom Kapitalismus
nicht schweigen.
Wer grundsätzlich
etwas ändern will,
muss den Kapitalismus
in Frage stellen.
Auch dafür werden wir
am 1. Mai
öffentlich sichtbar sein!**

Trotz Corona: Wir sind sichtbar!

Behandeln oder sterben lassen? Kriegsmethoden in Friedenszeiten!

Kaum scheinen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie zu greifen, so sollen sie auch schon wieder rückgängig gemacht werden.

Obwohl es keinen Grund zur Entwarnung gibt, gab Bundesgesundheitsminister Spahn Mitte April bereits bekannt, dass in den Krankenhäusern ab Anfang Mai wieder der so genannte Normal-Betrieb eingeführt werden sollte. Bettenkapazitäten sollen nicht mehr freigehalten werden, geplante Operationen wieder durchgeführt werden.

Die Tatsache, dass zugleich die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von 12-Stunden-Schichten in den Krankenhäusern geschaffen wurden, zeigt, wie die Regierung der Krise begegnen will.

Die ohnehin schon krankmachende Arbeitsbelastung, soll noch weiter verschärft werden. So bleiben auch die Personaluntergrenzen, die Spahn noch vor dem massenhaften Anstieg der Infektionen ausgesetzt hatte, weiter außer Kraft. Fast die Hälfte der Kliniken musste vor der Krise Intensivbetten sperren, da sie kein ausreichendes Personal hatten. Anstatt den Personalnotstand zu beheben, wurden einfach die Personaluntergrenzen wieder abgeschafft.

Tag für Tag führt dies zu Situationen, in denen die Kolleg*innen im Krankenhaus unmenschliche Entscheidungen treffen müssen: sie müssen Sterbende allein lassen oder im Notfall entscheiden, um welchen Patienten sie sich kümmern und um welchen nicht.

Ende März veröffentlichten 7 Fachgesellschaften aus verschiedenen Medizinbereichen so genannte „klinisch-ethische Empfehlungen“.



Die Fachgesellschaften stellen fest, dass voraussichtlich nicht ausreichend Plätze zur intensiv-medizinischen Behandlung vorhanden sein werden. Statt alle Bemühungen darein zu setzen, durch sofortige Schulung von Kolleg*innen an den Beatmungsgeräten die Kapazitäten zur intensiv-medizinischen Behandlung zu erhöhen, begnügen sich die Mediziner damit, Kriterien vorzuschlagen, nach denen die Auswahl der Patient*innen erfolgen soll, die eine Behandlung erhalten. Sie nennen es Priorisierung, treffender ist wohl der Begriff Selektion.

Ursprünglich kommt dieses Instrument – die Triage – aus Kriegszeiten. Nun soll es auch in der Corona-Epidemie angewandt werden. Es sollen die Patient*innen ausgewählt werden, die eine höhere Überlebenschance haben. Eines der Kriterien ist hierbei die „Gebrechlichkeit Alte Menschen oder Menschen mit Demenz werden hier schlecht abschneiden, einfach weil sie ihren Alltag nicht mehr alleine bewältigen können. Ähnliches gilt für Menschen mit Vorerkrankungen wie Krebs, neurologischen Erkrankungen oder Lungenerkrankungen. Auch ein Abbruch der Behandlung wird vorgeschlagen, wenn es einen anderen gibt, der bessere Überlebenschancen hat.

Viele Menschen kommen aber erst gar nicht in ein Krankenhaus., die Selektion findet schon viel früher statt. Anfang April starben in einem Pflegeheim in Wolfsburg 15 Menschen an Covid-19. Anscheinend war weder ein Notarzt gerufen, noch eine Einweisung ins Krankenhaus angestrebt worden.. Im Nachhinein wurde dies sogar mit dem Patientenwohl begründet: eine anderweitige Unterbringung sei den Demenzkranken nicht zuzumuten. Der Tod wurde hier anscheinend als bessere Alternative vorgezogen. Die Aufhebung der Qualitätskontrollen in den Heimen durch Gesundheitsminister Spahn, verbunden mit der Besuchersperre hat die Pflegeheime zu einem quasi rechtsfreien Raum gemacht.

Es ist an uns, dieses Sterben-lassen nicht einfach hinzunehmen. Es ist jetzt notwendig, Druck zu entwickeln

- für eine effektive Eindämmung der Epidemie durch flächendeckendes, systematisches Testen
- und für konsequente Quarantänemaßnahme,
- für die sofortige Wiedereinführung der Qualitätskontrollen in den Pflegeheimen,
- für die Aufhebung der Besuchersperre bei negativer Testung
- und nicht zuletzt für die sofortige Aufstockung von Personal in Pflege, Reinigung und Transport. ■



Sozialverband VdK: Wertschätzung auch nach der Coronakrise

Applaus auf Balkonen sei für die Pflegekräfte wohlthuend, sagte Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK im Deutschlandfunk. Auch die politische Wertschätzung sei positiv.

Neben Einmalzahlungen und Prämien benötige man aber flächendeckende Tarifverträge und langfristig eine bessere Bezahlung.



Die Kriegsgefahr wächst und wächst

Es sollte das größte Manöver seit 25 Jahren werden – geführt durch die USA mit Unterstützung von 18 Ländern, davon 15 NATO-Staaten. Insgesamt 37.000 Soldaten sollten sich beteiligen, unmittelbar an der russischen Grenze. Das Manöver sollte die Einsatzbereitschaft der beteiligten Staaten und die strategische Schnelligkeit des Militärs für einen Krieg mit Russland erhöhen.

Doch wegen der Corona-Pandemie haben die USA und ihre Verbündeten das Kriegs-Manöver für dieses Jahr abgesagt. Das Manöver war aber keineswegs als einmaliges Großereignis geplant. Es soll jährlich wiederholt werden, alle zwei Jahre in der für dieses Jahr geplanten Größenordnung.

Vorbereitung auf „hochintensive Kriegsführung“ läuft weiter.

Die USA kämpfen gegen den Verlust ihrer Vorherrschaft in der Welt und setzen dabei zunehmend auf Krieg. In ihrer neuen Militärstrategie (2018) benennen sie China und Russland als ihre Hauptgegner und die Kriegsfähigkeit gegen diese als Hauptziel. Anfang 2019 kündigten die USA den INF-Vertrag und machten damit den Einsatz von landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen wieder möglich. In diesem Zusammenhang müssen die geplanten Manöver gesehen werden. Dazu passt die Aussage von US-Verteidigungsminister Esper auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“ Anfang 2020: "Wir müssen uns also ... wieder vorbereiten auf hochintensive Kriegsführung".

Bundesregierung und Bundeswehr unterstützen diese Kriegsvorbereitung und machen Deutschland damit zum potenziellen Schlachtfeld eines Krieges gegen Russland.

Die angelaufene dramatische Wirtschaftskrise und ihre Verstärkung durch die Coronapandemie wird aller Voraussicht nach die Verschiebung des Kräfteverhältnisses

zwischen den USA und China noch beschleunigen. Dadurch steigt die Kriegsgefahr. Denn den USA – wirtschaftlich in der Defensive – bleibt in der imperialistischen Logik nichts anderes übrig, als im Kampf um ihre Weltmachtstellung auf Sanktionen, Wirtschaftskrieg und immer deutlicher auch auf die militärische Karte zu setzen.

Deutschland rüstet auf: Im Schatten von Corona treibt die Bundesregierung zum Krieg

Während wir durch gesundheitliche und finanzielle Sorgen abgelenkt sind, schaffen die Regierenden fast unbemerkt Tatsachen:

- Die Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden verlängert;
 - die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 % der Wirtschaftsleistung bekräftigt;
 - eine jährliche Durchführung von Manövern wie „Defender 2020“ bestätigt.
- Und jetzt will die Bundesregierung noch vor Beginn des Sommers als Nachfolger für die Tornadokampfflugzeuge milliar-

denschwere neue Kampfflugzeuge bestellen, mit denen die Bundeswehr in Büchel lagernde amerikanische Atomwaffen im Kriegsfall zu von den USA bestimmten Zielen tragen kann.

Wir sagen: Nein zu Militarismus und Krieg!

- Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland!
- Stopp der Rüstungsproduktion! Abrüsten statt Aufrüsten!
- Keine deutsche Unterstützung für zukünftige Defender-Manöver!
- Kündigung der Stationierungsverträge ausländischer Streitkräfte in der BRD!
- Abzug der US-Atombomben aus Büchel!
- Absage an das 2%-Ziel der NATO
- Kündigung des Nordatlantikvertrags – das heißt: Raus aus der NATO!
- Einleiten einer Entspannungspolitik mit Abschluss von Nichtangriffsverträgen!
- Eintreten für eine europäische Friedensordnung!
- Frieden mit Russland!

Dauerhaften Frieden wird es aber erst geben, wenn der Imperialismus überwunden ist. Wir brauchen ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Wir brauchen den Sozialismus.



Vor 75 Jahren: 8. Mai 1945 — Tag der Befreiung!

Der deutsche Faschismus war verantwortlich für den II. Weltkrieg mit mehr als 55 Millionen Toten. Allein die Sowjetunion hatte bis zu 27 Millionen Tote zu beklagen. Teil des Krieges war die Massenvernichtung von Menschen, die sich im Herrschaftsbereich der Deutschen befanden: durch Erschießungen, durch Arbeit und Erschöpfung, durch Folter, durch Hunger, durch medizinische Experimente und durch Ersticken in Gaskammern.

Sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens wurden ermordet, die Hälfte von ihnen in Gaskammern.

Die Vernichtung der europäischen Juden stand dabei im Zusammenhang mit den Euthanasiemaßnahmen gegen körperlich und geistig Behinderte, der Vernichtung der Sinti und Roma, der Ausrottung der sowjetischen Kriegsgefangenen, den Ausrottungsmaßnahmen gegen die slawische Zivilbevölkerung Osteuropas, der Vernichtung politischer Gegner und von allen Personen, die als „kriminell“ oder „asozial“ eingestuft wurden und die nicht in die von den Faschisten vorgegebenen Normen passten.

Diese Verbrechen sind in der Menschheitsgeschichte bisher einzigartig!

Der 8. Mai war der Tag des Sieges und der Befreiung für alle Gefangene in den Zuchthäusern, den Zwangsarbeits- und Konzentrationslagern der Nazis, für alle ins Exil geflüchteten Antifaschist/inn/en und Verfolgten, für die wenigen, die in Deutschland aktiv Widerstand geleistet haben, für die Bevölkerung im faschistisch okkupierten Europa, für die Soldaten der Antihitlerkoalition, für alle also, die für das Ende Nazideutschlands eingetreten sind.

Eine Niederlage bedeutete der 8. Mai hingegen für den nazistischen Militär- und Sicherheitsapparat, für die Politiker und Bosse von Industrie und Großbanken, die Aufstieg und Herrschaft der Faschisten massiv unterstützt hatten, für die Mitläufer, für alle, die bis zuletzt für die Aufrechterhaltung der deutschen Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie gearbeitet hatten – und auch damals für eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die die faschistische Herrschaft mitgetragen hatte.

Faschistische Organisationen und Strukturen sind in der BRD nie verschwunden. Heute erleben wir eine Zeit der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung, des Er-

starkens der AfD und anderer völkischer und nazistischer Organisationen, von antisemitischen und rassistischen Mordanschlägen wie in Halle und in Hanau (um nur diese beiden hier zu nennen).

In dieser Situation entzieht der deutsche Staat der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit und gefährdet so ihre wichtige gesellschaftliche Tätigkeit.

Deutsche Truppen stehen wieder an der russischen Grenze. Statt mit dem Land, das am meisten unter der faschistischen Aggression zu leiden hatte, mit Russland, in Frieden und guter Partnerschaft zu leben, üben deutsche Truppen in Norwegen, Polen und den baltischen Staaten den Krieg mit diesem Land.

Wir fordern mit vielen Menschen ein Umschwenken in unserer Gesellschaft: In vielen befreiten Ländern Europas ist der 8. Mai seit langem ein Feiertag, im Land der Täter*innen jedoch immer noch nicht.

Wir sagen: Auch in Deutschland muss 8. Mai ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann, ein Tag der Besinnung, ein Tag der Ermutigung.

Im Gedenken an die Gequälten und Ermordeten fordern wir:

Antifaschismus muss Grundlage unserer Gesellschaft sein!

Antifaschismus ist gemeinnützig!

Unterstützt die VVN-BdA!

Rechten Terror gemeinsam bekämpfen!

Nazis keinen Platz in unserer Gesellschaft geben.

Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg!

Der 8. Mai muss Feiertag werden!



**8. Mai zum Feiertag machen!
Was 75 Jahre nach
Befreiung vom Faschismus
getan werden muss!**

**Aufruf von Esther Bejarano
und der VVN-BdA.**

Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!

Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes.

Hier unterstützen:

<https://www.change.org/p/8-mai-zum-feiertag-machen-was-75-jahre-nach-befreiung-vom-faschismus-getan-werden-muss-tagderbefreiung-bkagvat-bundesrat?signed=true>

„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich auf den Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Der 8. Mai wäre dann eine Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken. Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“

Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück

Hamburg – Tor zum Krieg!

Der Großraum Hamburg ist mit mehr als 90 Unternehmen, die direkt oder als Zulieferer bzw. als Dienstleister für die Rüstungsindustrie arbeiten, wichtiger Rüstungsstandort. Zu diesen über 90 Firmen gehören Blohm + Voss, Jenoptik, Airbus, Rheinmetall Defence und KMW Schweißtechnik. Diese Firmen machen mit der Produktion von Rüstungsgütern Milliarden-Gewinne. Ein großer Teil dieser Rüstungsgüter wird exportiert. Deutschland steht weltweit an vierter Stelle der Rüstungsexporteure. Im letzten Jahr sind die Rüstungsexporte noch einmal sprunghaft angestiegen.

Der Hamburger Hafen ist einer der größten Umschlagplätze für Rüstungsgüter und Kriegswaffen in Europa. So sind die Exporte von Kleinwaffen über den Hamburger Hafen von 2018 zu 2019 von 5 Millionen Euro auf 11,5 Millionen Euro gestiegen.

Als „Kleinwaffen“ gelten neben Pistolen, Revolvern und Gewehren auch Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre.

Nach Angaben der UNO sterben jährlich circa 200.000 Menschen durch diese Art von Waffen. Mit Heckler & Koch ist einer der weltweit bekanntesten Produzenten von Kleinwaffen in Deutschland ansässig.

• Wir fordern ein generelles Verbot des Umschlags von Waffen aller Art über den Hamburger Hafen.

Für diese Forderung wird gerade eine Initiative für einen Volksentscheid vorbereitet. Start für die erste Stufe dieses Volksentscheides soll Anfang 2021 sein. Wir werden diese Initiative nach Kräften unterstützen. ■

Kein Umschlag von Waffen über den Hamburger Hafen.



Weg mit den Sanktionen!

Die DKP hat eine Petition an den Deutschen Bundestag gestartet, die das Ziel hat, alle Sanktionen, die den internationalen Kampf gegen die Corona-Pandemie behindern, aufzuheben.

Dazu zählen die Sanktionen gegen Russland, Kuba und Venezuela.

Die Sanktionen behindern den Austausch von Medikamenten, Hilfsmitteln und Fachkräften. Sie sind in einer Zeit des notwendigen gemeinsamen Kampfes gegen die Coronapandemie ein Irrsinn.

Es ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit angesichts der Corona-Pandemie die Aufhebung der Sanktionen zu fordern.

Bitte die Petition aufrufen und unterschreiben:

<https://www.change.org/p/bundestag-alle-sanktionen-aufheben-die-den-kampf-gegen-die-pandemie-behindern>

Krieg in Zeitlupe

500.000 Kinder seien aufgrund der Sanktionen gegen den Irak in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts gestorben. „War es das wert?“, fragte die Journalistin Lesley Stahl vor Jahren. „Ja“, antwortete Madeleine Albright, die US-Außenministerin zu Clintons Zeiten.

Der jetzige US-Außenminister, Mike Pompeo, will da nicht zurückstehen. Im Februar 2019 erklärte er, aufgrund der US-Sanktionen sei der Alltag für die Iraner jetzt viel schwieriger zu bewältigen. Und fügte hinzu: „Wir sind überzeugt, dass das die Iraner zum Aufstand führen wird“ – und das ist das Ziel.

Humanitäre Güter können angeblich trotz der Sanktionen in den Iran geliefert werden. Doch das ist eine unerträgliche Beschönigung. Denn der Iran kann keine Güter im westlichen Ausland kaufen, solange die US-Regierung die iranischen Banken mit ihrem Bann belegt.



Sanktionen sind wie ein Krieg in Zeitlupe. Die Infrastruktur eines Landes wird zerstört, weil Ersatzteile, Finanzmittel oder Rohstoffe nicht zugänglich sind. Menschen sterben, weil Lebensmittel und Medikamente nicht im nötigen Umfang zur Verfügung stehen. Dies alles geschieht im Verlauf von Wochen, Monaten oder gar Jahren. Und als die USA im März die Sanktionen gegen den Iran ausweiteten, übermittelten sie auch eine Botschaft: Wir werden die Sanktionen nicht beenden.

Wo die Sanktionen im sogenannten Alltag zum schleichenden Tod der Bevölkerung führen, gibt es in einer Krise wie der Coronaepidemie keinen Schutz und keine Sicherheit. Im Alltag sind die Sanktionen ein Verbrechen. Angesichts der Coronakrise führen sie zu einem Gemetzel.

Afghanen, die vor dem Krieg in den Iran flohen, kehren nun in ihre Heimat zurück und bringen womöglich die Infektion mit. Ebenso können Menschen, die aus religiösen oder wirtschaftlichen Gründen in den Irak reisten, die Krankheit weitertragen. In Länder also, deren Gesundheitswesen von Krieg und Sanktionen zerrüttet ist.

In Europa wurde das Gesundheitswesen durch neoliberale Politik an die Wand gefahren. So ist selbst ohne Sanktionen Unterstützung aus Europa oder den USA nicht zu erwarten. Diese Länder können ihre eigenen Probleme kaum handhaben. Der Iran wird – wie andere Länder – noch enger als bisher mit der VR China zusammenarbeiten, aus der am ehesten konkrete Hilfe kommt – in der Region und weit darüber hinaus.

So gilt noch mehr als bisher schon: Alle Sanktionen aufheben, um den Kampf gegen die Pandemie zu erleichtern. ■

Hamburg unter Rot-Grün

Vorreiter in Klima- und Umweltschutz?

Unter großem Medienecho wurde im Dezember letzten Jahres Hamburgs neuer Klimaplan vorgestellt. Darin hat sich die rot-grüne Landesregierung ambitionierte Klimaziele gesetzt.

Die Kohlendioxid- Minderungsziele wurden deutlich angepasst und wie folgt festgelegt: Bis 2030 reduziert Hamburg die Kohlendioxid-Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 55 Prozent. Bis 2050 strebt die Stadt eine Emissionsminderung von mindestens 95 Prozent an, um Klimaneutralität zu erreichen.

Wenn dieses Ziel erreicht werden würde, wäre es ein guter Beitrag, dem Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, ein gutes Stück näher zu kommen. Man fragt sich aber schon, wie denn das erreichbar sein soll,

- wenn Hamburg mit Moorburg ein relativ neues Kohlekraftwerk hat, das noch bis mindestens 2038 am Netz bleiben soll,
- und wenn Tag für Tag mehr als 3000 Schiffe (de.statistika.com), darunter viele große Containerschiffe, in den Hamburger Hafen rein- und wieder rausfahren.

Die fahren nicht mit Luft und Liebe, sondern emittieren auch große Mengen an Kohlendioxid, Stickoxid und Feinstaub bei der Verbrennung des heute noch meistverwendeten Schweröls.

Wenn man aber ein bisschen ins Kleingedruckte des Klimaplan guckt, in dem die Quellen des Kohlendioxids aufgezählt werden und wie diese reduziert werden :

sollen, findet man folgende Fußnote (Fußnote 12 ebenda, Hamburger Klimaplan) „Die Verursacherbilanz erfasst methodisch nicht alle Bereiche. Die CO₂-Emissionen der Seeschifffahrt werden nicht abgebildet, und die Kohlendioxid-Emissionen des Kraftwerks Wedel fließen in die Fernwärme ein. Die Kohlendioxid-Emissionen

Klimawandel stoppen!

Nein zur CO₂ - Steuer!
Die Unternehmen sollen zahlen!

Opposition beginnt auf der Straße!

dkp.de

DKP

V.L.S.d.M.-M.Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

von Moorburg werden in der Quellenbilanz berücksichtigt.“

Also, der Hamburger Hafen wird beim Klimaplan einfach ausgespart. Irgendwie erinnert das an den Luftreinhalteplan in Hamburg im Zuge dessen zum Beispiel in der Max-Brauer-Allee und der Stresemannstraße ein Dieselfahrverbot ausgesprochen wurde.

Als Übeltäter des Stickoxid-Ausstoßes wurden die privaten PKWs ausgemacht.

Dabei wird selbst im Luftreinhalteplan deutlich, dass die Containerschiffe im Hafen genauso viel Stickoxid emittieren wie PKW und LKW zusammen, nämlich ca. 5000 t pro Jahr. In anderen Veröffentlichungen - zum Beispiel in der Ärztezeitung - werden Schiffemissionen sogar für 70 % der Belastung mit Stickoxid und Feinstaub in Hamburg verantwortlich gemacht.

Das spielt aber nach Meinung der rot-grünen Regierung für Max-Brauer Allee und Stresemannstraße keine Rolle, obwohl bei Südwestwind, der Luftstrom an diesen Straßen aus Richtung Hafen kommt.

Ein bisschen könnte dieses Problem mit der Steigerung der Nutzung von Landstrom durch die großen Schiffe im Hafen verringert werden. Aber das wird seit Jahren von der Hafenvirtschaft blockiert und bezieht sich, wenn überhaupt darüber diskutiert wird, vor allem auf Kreuzfahrtschiffe.

Der Hamburger Hafen spielt für die Hamburger Politik und Wirtschaft eine entscheidende Rolle, weil an ihm die Quelle des Reichtums der Hamburger Pfeffersäcke hängt. Dass es dabei um

Profit und nicht – wie oft behauptet - um die Sicherung der Arbeitsplätze geht, sieht man daran, dass diese kontinuierlich weniger werden - bei gleichbleibender Profitrate.

Die Umwelt spielt eine untergeordnete Rolle, was am Klimaplan, Luftreinhalteplan und bei den unzähligen Elbvertiefungen zu sehen ist. ■

Der Hamburger Hafen spielt für die Hamburger Politik und Wirtschaft eine entscheidende Rolle, weil an ihm die Quelle des Reichtums der Hamburger Pfeffersäcke hängt.





Kubanische Medizinerinnen und Mediziner kämpfen weltweit gegen die Pandemie – die USA wollen sie daran hindern. (Foto: Luigi Di Maio / Twitter)

Kuba braucht unsere Hilfe!

Spendenaufwurf der DKP

Während kubanische Ärzte- und Medizinerbrigaden unter anderem in Venezuela, Jamaika, anderen karibischen Ländern ebenso wie in Italien im Einsatz gegen das Virus Sars-CoV2 sind, wird die US-Blockade weiter verschärft.

Kubas Gesundheitssystem gehört zwar zu denen, die am besten auf eine Pandemie vorbereitet sind. Mit dem Anti-Virus-Mittel „Interferon alpha 2B“ hat die sozialistische Insel in dieser Krise vielen anderen Ländern, darunter China, geholfen.

In dieser Situation gefährdet die Blockade der USA aber auch die Errungenschaften des kubanischen Gesundheitswesens. Durch den totalen Einbruch des Tourismus durch die Pandemie fehlen zusätzlich wichtige Devisen für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und das Aufrechterhalten der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Das sozialistische Kuba braucht jetzt unsere Hilfe. Deshalb unterstützt die DKP den gemeinsamen Spendenaufruf des Netzwerks Cuba, der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und von Cuba Sí „Unterstützung für Kuba in Zeiten der Corona-Pandemie“.

**Solidarität
mit dem
sozialistischen
Kuba!**



Wir bitten um Spenden auf das Spendenkonto des DKP-Parteivorstandes
GLS-Bank
BIC: GENODEM1GLS,
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Die ersten 5.000 Euro konnten bereits weiterüberwiesen werden.



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema Frieden –
dort weiter, wo andere
Medien längst schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)!
Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum:
Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00
V.i.S.d.P: M. Götzte, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

